

**BETRIEBS-INFO****EXTRA 2013**

Mehr von uns ist besser für alle!

UMG-Beschäftigte für mehr Krankenhauspersonal

Bundesweit machen ver.di-Aktive Druck für eine gesetzliche Regelung zur Personalmindestbesetzung in Krankenhäusern – und für den Erhalt der entsprechenden Regelung in den psychiatrischen Kliniken.

Denn der Personalmangel gefährdet nach unserer Ansicht immer häufiger die Patientenversorgung. Die Zahl der Gefährdungsanzeigen durch Mitarbeiter/innen nimmt in den letzten Jahren erheblich zu. U.a. im April hatten wir deshalb in der UMG innerhalb von nur einer Woche über 1.000 Unterschriften unter eine Petition gesammelt, die eine gesetzliche Personalbemessung fordert!

Diese Aufforderung haben wir gemeinsam mit einem Anschreiben an die Bundestagsabgeordneten und -kandidatInnen geschickt. Wie versprochen, drucken wir in diesem Betriebsinfo-Extra nun die uns zugesandten Antworten in Kurzform ab. Leider haben nicht alle es für nötig gehalten, uns zu antworten ...

Die ungekürzten Antworten findet ihr im Internet unter

www.respekt-im-klinikum.de

Auch hatten wir beim UMG-Jahresempfang unserer neuen Wissenschaftsministerin Frau Heinen-Kljajic einen Offenen Brief überreicht, der sie zu einer Stellungnahme zur Krankenausfinanzierung aufforderte. Auch ihre Antwort drucken wir hier ab.

Außerdem gibt's auf den nächsten Seiten einen spannenden Bericht zum Kampf der Charité-Beschäftigten für mehr Krankenhauspersonal. Sie wollen diese Forderung über einen Tarifvertrag durchsetzen und sind somit bundesweit Vorreiter...

Übrigens:

Wem die hier abgedruckten Antworten der Politik unzureichend sind, kann den Kandidaten zur Bundestagswahl (und deren VertreterInnen) **am 27. August ab 17:30 Uhr** auch noch gerne selbst auf den Zahn fühlen!

Da haben wir bei ver.di PolitikerInnen eingeladen, sich mit uns über

- **Personalmangel,**
- **Tariffucht und Niedriglohn**
- **Privatisierung und Ausgründung**
- **sowie die schlechte Ausbildungsqualität**

zu unterhalten!

Und am 7. September wird es eine Demo in Hannover für einen Politikwechsel und für mehr Personal in Krankenhäusern geben. Busse aus Göttingen fahren umsonst ...

Infos und Anmeldung bei ver.di in der Groner-Tor-Str.: 0551-54850-0



Endlich Nägel mit Köpfen machen:

Personalbemessung per Gesetz!



ver.di fordert gesetzliche Regelung für mehr Personal in Krankenhäusern

„Über 1.000 Beschäftigte der UMG fordern gesetzliche Personalbemessung“

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus unserem Brief an die Göttinger Bundestagsabgeordneten und Kandidaten Fritz Güntzler (CDU), Thomas Oppermann (SPD), Jürgen Trittin (B90/GRÜNE), Gerd Nier (DIE LINKE), Nils-Arne Münch (PIRATEN) und Dr. Lutz Knopek (FDP).

Sehr geehrter

Die personelle Lage an den Krankenhäusern in Süd-Niedersachsen spitzt sich zu. Jede fünfte Stelle fehlt. Die Beschäftigten leiden unter hohem und weiter wachsendem Arbeitsdruck. Patient/innen werden immer öfter unzureichend versorgt. Die Zahl der Gefährdungsanzeigen durch die Mitarbeiter/innen steigt und Proteste von Mitarbeitern und Patienten machen Schlagzeilen.

Aber auch die Ausbildung leidet, weil die Ausbilder/innen immer weniger Zeit für eine sach- und fachgerechte Anleitung haben. Zudem erkranken die Beschäftigten aus Krankenhäusern immer häufiger selbst aufgrund der belastenden Arbeitsumstände. Ihre Burnout-Rate liegt weit höher als im Durchschnitt der Erwerbstätigen. Die Arbeitsbedingungen sind abschreckend für den Nachwuchs. Der Kostensenkungsdruck und der Wettbewerb sind aus dem Ruder gelaufen. Sie bedrohen die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser und ihre Fähigkeit, ausreichend Fachpersonal zu gewinnen.

(...) Nach Jahren des Personalabbaus, der Fallzahlsteigerungen und der Verkürzung der Verweildauer glauben die Kolleginnen und Kollegen [in der UMG] nicht mehr daran, dass das Management für eine ausreichende Personalausstattung sorgen wird. Deshalb erwarten die Beschäftigten jetzt Hilfe vom Gesetzgeber. Sie fordern eine bundesweite gesetzliche Personalbemessung für alle Beschäftigten im Krankenhaus.

Die Unterschriften wurden (...) innerhalb nur einer Woche in verschiedenen Abteilungen und Bereichen der UMG gesammelt. Die Beschäftigten haben ihre Unterschrift mit der Absicht gegeben, dass wir ihre Forderung an Sie weitertragen. Das tun wir hiermit gerne. Wir erwarten von Ihnen eine Antwort, wie sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestags bzw. Bundestagskandidat/in zur Forderung nach einer bundesweiten gesetzlichen

Personalbemessung für alle Beschäftigten im Krankenhaus stellen.

Dieses Anschreiben hier und Ihre Antwort machen wir in den Krankenhäusern in der Region bekannt. Die Krankenhäuser zählen zu den größten Arbeitgebern in unserer Region, und die Beschäftigten dort sollen bei ihrer Wahlentscheidung am 22. September 2013 wissen, was sie in der

Krankenhauspolitik von Ihnen und ihrer Partei erwarten können.

Wir sind auf Ihre Antwort gespannt.

Mit freundlichen Grüßen
Patrick von Brandt im Auftrag der ver.di-Aktiven der UMG
Anlage: Unterschriftenlisten in Kopie

Antwort der Politiker:

Dr. Lutz Knopek, FDP:

„(...) Gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten halte ich gerade im Gesundheitswesen für besonders wichtig. Nur wer nicht ständig unter Stress und Überlastung leidet, kann eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten sicherstellen (...).“



Nils-Arne Münch, PIRATEN:

„ (...) Deshalb reicht ein Gesetz zur Personalbemessung allein auch nicht aus (...) Kurzfristig gibt es zu einem solchen Gesetz (...) keine sinnvolle Alternative. Langfristig wäre es aber falsch, erst wie wild zu privatisieren, und anschließend angesichts der absehbaren Folgen mit immer neuen Gesetzen einen „aus dem Ruder gelaufenen Wettbewerb“ (ver.di) bändigen zu wollen. Diesen Wettbewerb hätte es im Gesundheitswesen von Anfang an gar nicht geben dürfen (...).“



Gerd Nier, DIE LINKE:

„(...) Wir unterstützen die von ver.di angeführten Kriterien [für eine gesetzliche Personalbemessung] im vollen Umfang:

- Sicherheit der Patienten;
- Einhaltung von Pflegestandards;
- Berücksichtigung der Schwere der Arbeit;
- Gesunde Arbeitsbedingungen;
- Ausreichend fachlich qualifiziertes Personal!

Vor dem Hintergrund der schon vor vier Jahren erhaltenen Information über die schwierigen Arbeitsbedingungen auch z.B. der Beschäftigten in der Reinigung fordern wir auch für diese Personalbemessungsrichtlinien. Reinigungskräfte z.B. im OP-Bereich und auf einer Intensivstation dürfen nicht durch Kostendruck und falsches Wettbewerbsverständnis gezwungen werden, nur noch unter Stress ihre verantwortungsvolle Arbeit durchführen zu müssen (...).



Die ungekürzten Antworten der drei Politiker findet ihr auch unter www.respekt-im-klinikum.de

Leider haben die KandidatInnen von SPD, CDU und Grünen nicht auf unseren Brief und die 1.000 Unterschriften geantwortet.

Ihr könnt aber auch diese Politiker am 27. August auf unserer Veranstaltung bei ver.di zu ihren Positionen befragen!



Mehr von uns ist besser für alle!

Zum Kampf für mehr Krankenhauspersonal an der Charité in Berlin

Mancher wird sich an die Schlagzeilen von 2011 erinnern: 2.000 Schwestern und Pfleger der Berliner Charité auf der Straße!

Und jetzt hören wir: Die planen eine Personalmindestbesetzung mit einem Tarifvertrag durchzusetzen? Ja, wie soll das denn gehen, haben wir uns gefragt?

Um uns erklären zu lassen, wie unsere Berliner KollegInnen diese Auseinandersetzung angehen, haben wir deshalb drei KollegInnen aus der Charité eingeladen. Carsten, Stefan und Ulla, alle aus der Pflege, ver.di-Aktive und Personalräte, standen uns Rede und Antwort.

NOTRUF



Mehr von uns ist besser für alle!

Streiken neu lernen: Die Erfahrung von 2011

Die jetzigen Streikvorbereitungen für den Tarifvertrag Personalmindestbesetzung sind nicht zu verstehen ohne einen Rückblick ins Jahr 2011. Denn damals haben die BerlinerInnen so gute Erfahrungen gemacht, dass sie jetzt viel selbstbewusster in die aktuellen Auseinandersetzungen gehen.

Was war passiert?

Die Arbeitgeber hatten 2006 die Tarifbindung, gekündigt, was in der Folge u.a. zu einer massiven Lohnabsenkung führte, so dass die KollegInnen an der Charité bis 2011 gut 14% unter dem Entlohnungsniveau des TV-L lagen. Deshalb waren die KollegInnen zunehmend sauer, zumal Berlin kein billiges Örtchen ist.

Die Forderung damals: 300 Jahre (Charité) – 300 Euro mehr! Schnell wurde deutlich, dass diese Forderung nicht mit dem üblichen „Fähnchen-schwenken und Trillerpfeifen“ und symbolischen Warnstreik durchgesetzt werden konnte.

Deshalb wurde ein Eskalationsplan entwickelt:

Als die Arbeitgeber sich weigerten, auf die berechtigten Forderungen der KollegInnen einzugehen, wurden zunächst alle ärztlichen Tätigkeiten von den Pfl-

gerInnen dahin zurück gegeben, wo sie hingehören: zu den Ärzten.

Das gab schon einmal ziemlichen Ärger und die ärztlichen KollegInnen, die so wieso auch überlastet sind, fanden es gar nicht witzig, jede Infusion selbst anhängen zu müssen, Blutentnahmen vorzunehmen usw... (übrigens: Dieses Vorgehen war seitens ver.di rechtlich geprüft worden!).

Aber die KollegInnen blieben hart, und so stellten die Ärzte schnell fest, dass sie die Versorgung aller Patienten nicht mehr gewährleisten konnten, und erklärten sich einverstanden, einzelne Betten zu schließen. Dem folgte dann auch die Klinikleitung.

In den folgenden Notdienstverhandlungen für die echte Streikvorbereitung wurde dann ganz anders als bisher verhandelt:

Die ver.di-KollegInnen akzeptierten nicht mehr, einfach die „Wochenendbesetzung“ für den Streik festzuschreiben (also die Selbstbeschränkung). Stattdessen kündigten sie an, dass sie richtig Streiken wollten und dafür dem Arbeitgeber mit Fristen ansagen würden, wie viele Betten oder wo ganze Stationen geschlossen werden müssten, um die Patienten nicht zu gefährden! Und genau dies wurde dann in der Notdienstvereinbarung abgeschlossen! Seitdem gilt: Bettenschließungen werden durch die Streikleitung mit drei Tagen Vorlauf angekündigt, ganze Stationsschließungen mit sieben Tagen Vorlauf. Unsere Frage war natürlich, wie das von den Beschäftigten und PatientInnen aufgenommen wurde. Die Antwort der KollegInnen von der Charité: Nachdem das Denkverbot ‚Bettenschließung‘ erst einmal aufgebrochen war, entwickelte sich eine Eigendynamik, die kaum noch zu bändigen war. Immer mehr KollegInnen und ganze Stationen wollten Streiken! Die Beschäftigten meldeten dies der Streikleitung, und diese kündigte dann mit dem vereinbarten Vorlauf die Betten- und Stations-schließungen der Klinikleitung an.

Am Ende wetteiferten die Stationen darum, wer die meisten Betten geschlossen hatte ...

Den PatientInnen und ihren Angehörigen gegenüber wurde klar kommuniziert:

Nicht der Streik gefährdet Patienten, sondern der Normalzustand in deutschen Krankenhäusern.

Beschäftigte in Krankenhäusern opfern sich oft bis zur Selbstaufgabe für die Patientenversorgung auf, sie müssen aber auch das Recht haben, für ihre berechtigten Interessen zu streiken. Das wurde von den Patienten verstanden, die sich vielfach solidarisch zeigten.

Und: Patienten, die verlegt werden, können eben auch nicht durch Arbeitskampfmaßnahmen gefährdet werden.

Im Ergebnis konnten die Streikenden täglich demonstrieren, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben, und 1.000 von 3.000 Betten schließen!



Foto: A. Thomaß

Dadurch entstand ein großer politischer und wirtschaftlicher Druck (ein Verlust von einer Million Euro täglich) und in Folge auch die Bereitschaft des Arbeitgebers, sich ernsthaft auf die Forderungen der Beschäftigten zuzubewegen!



Das Ergebnis:

Nach einer heißen Phase von nur fünf Tagen (kurz, hart und heftig), konnte ein Haustarifvertrag mit einem Gehaltsprung von u.a. damals 12 Prozent ausgehandelt werden! Diese Erfahrung lebt jetzt in der Charité fort und wird die kommende Auseinandersetzung prägen.

Neues Projekt 2013: Personalmindestbesetzung mit Tarifvertrag durchsetzen

Als nächster Schritt soll nun eine tarifliche Regelung zur Mindestbesetzung in allen Bereichen erstritten werden. Das könnte exemplarisch für alle Krankenhäuser wirken, denn auf eine politische oder gesetzliche Regelung warten wir schon viel zu lange.

Viele Befragungen von ver.di zeigen, dass für Beschäftigte in Krankenhäusern dieses Thema z.Zt. mit Abstand das Wichtigste ist.

Die Forderungen der Charité- Beschäftigten am Beispiel der Pflege:

Verhältnis examinierte Krankenschwestern oder -Pfleger zu Patienten:
1:2 auf der Intensivstation
1:5 in der Normalpflege
und keine Nacht allein!

Und für die kommende Auseinandersetzung kommt wieder der Eskalationsplan zum Einsatz.

Für die Pflege heißt das: Wenn die pflegerische Arbeit nicht mehr zu bewältigen ist, werden erstens alle zusätzlichen Äm-

ter (Hygiene-Beauftragter, Praxisanleiter etc.) zurück gegeben.

Zweitens folgt das Zurückdelegieren der ärztlichen Tätigkeiten. Und wenn der Arbeitgeber nicht konstruktiv verhandelt, werden drittens die KollegInnen wieder richtig streiken.

Wir beobachten die Entwicklungen in der Charité genau und werden sie solidarisch begleiten. Denn was dort im Hinblick auf eine Personalbemessung erreicht wird, wirkt sich auch auf uns aus.

Infos:

mehr-krankenhauspersonal.de

oder über facebook:

[facebook.com/ver.di.charite.buendnis](https://www.facebook.com/ver.di.charite.buendnis)

UMG Service- und Gastronomie GmbHs: Auch hier arbeiten noch keine Kraken



Personalbemessung, da denkt man doch zuerst mal nur an die armen Krankenschwestern und -pfleger, die völlig unter Dauerdruck ihr Tag- und Nachtwerk fehlerfrei und verantwortungsvoll verrichten sollen. Aber was ist mit den anderen Beschäftigten in diesem Haus?

Auch im Verborgenen wuseln heizel-männchenartige Gestalten herum, streckenweise zum Kraken mutiert, weil zwei Arme zur Bewältigung der Arbeit nicht reichen. Sie kämpfen mit übermächtigen Wäsche- und Geschirrbergen, die auf die Wiederherstellung ihrer Daseinsberechtigung warten. Flure, Treppen und Räume möchten vom Dreck befreit, Gäste möchten bedient und Patienten hin und

her gefahren werden, und das alles möglichst ohne langes Warten.

Viele der in diesen Bereichen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen gehören den ausgegliederten Gesellschaften des Klinikums an, und da gibt es neben zu wenig Personal auch noch bis zu 30% weniger Geld.

Früher gab es z. B. noch Versorgungsfrauen, die aufpassten, dass Essenscontainer von den Stationen zügig zurück in die Küche kamen. Da nun aber Pflegekräfte Container hin und her schieben sollen, wozu sie keine Zeit haben, kommt es vor, dass die Container tagelang rumstehen. Irgendwann am Bestimmungsort eingetroffen, können dann Essensreste in schimmeliger Wucherpracht bewundert werden.

Auch häufen sich durch Personalmangel Arbeitsunfälle, weil alles in totaler Hektik bewältigt werden muss.

Eine bedarfsgerechte, vernünftige Personalbemessung muss her. Sie bedeutet Schutz in mehrfacher Hinsicht:

- Unfallschutz
- Gesundheitsschutz
- Schützende Hygiene
- Schutz der Patienten vor langen Warteschleifen und Gefahren

Übrigens gibt es jetzt auch für die GmbHs Gefährdungsanzeigen. Sie sind immer dann auszufüllen, wenn ihr der Meinung seid, eure Arbeit nur unzureichend oder

lediglich unter Vernachlässigung der Sicherheitsbestimmungen verrichten zu können. Im Ernstfall leiten sie die Verantwortung an euren Chef weiter, der nur dann haftbar ist, wenn ihr belegen könnt, dass ihr ihn auf den Missstand hingewiesen habt. Eben durch eine Gefährdungsanzeige!



Mehr Infos und die Formulare gibt es in den beiden BR-Büros.

Offener Brief an die Ministerin ...

Sehr geehrte Frau Heinen-Kljajic, wir, die in ver.di organisierten Beschäftigten der Universitätsmedizin Göttingen, möchten (...) Ihnen ein für uns immens wichtiges Anliegen zu übermitteln: Aktuell erleben wir die Auswirkungen einer erneuten Sparauflage, deshalb befürchten wir dass etwaige Mehrkosten, die beim Neu- und Umbau der Universitätsmedizin (...) entstehen könnten,

durch eine weitere Arbeitsverdichtung und Arbeitsintensivierung erwirtschaftet werden müssen.

Dies ist aus unserer Sicht aber weder den Beschäftigten noch den Patienten zumutbar.

Eine weitere Arbeitsverdichtung und Intensivierung gefährdet aus unserer Sicht sowohl unsere Gesundheit als auch die Qualität der Krankenversorgung.

Für uns Beschäftigte im Gesundheitswesen ist die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten! (...) Wir erwarten, dass sich das Land Niedersachsen zu dem Standort der UMG bekennt und ihn unterstützt. Dazu gehört auch die Verpflichtung, eventuelle zusätzliche notwendige finanzielle Investitionsmittel für die geplanten Neu- und Umbauten der Universitätsmedizin Göttingen zu tragen. Wir fordern Sie auch auf, sich politisch für eine langfristig bessere und gerechte Krankenhausfinanzierung einzusetzen, damit die vorherrschenden Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen nicht länger diejenigen krank machen, die tagtäglich für Gesundheit sorgen!

Mit freundliche Grüßen
die ver.di Betriebsgruppe
der UMG



Worum gehts im Krankenhaus?
Gesundheit oder Geld?



Qualität im Krankenhaus
= Personalmindeststandards

... und die Antwort:



Sehr geehrte Damen und Herren, am Rande des Jahresempfangs der Universitätsmedizin Göttingen (UMG) haben sie mir einen offenen Brief überreicht, mit dem Sie Ihre Sorgen um die Zukunft der UMG und Ihrer Arbeitsbedingungen erklären. Wie ich bereits auf dem Empfang betont habe, darf ich Ihnen versichern, das Land Niedersachsen steht ohne Vorbehalte hinter der UMG. Die UMG ist eine unverzichtbare Einrichtung für die gesundheitliche Versorgung und die Ausbildung des medizinischen Nachwuchses. Vor diesem Hintergrund stehen wir in einem engen und vertrauensvollen Dialog mit den Verantwortlichen der UMG um die Bereitstellung der notwendigen Investitionsmittel für die bauliche Zukunft des Universitätsklinikums.

Ebenfalls auf dem Empfang habe ich die Probleme der Finanzierung stationärer Krankenversorgung angesprochen. Besonders ausgeprägt sind die Probleme im Bereich der Universitätsmedizin, weil ihre besonderen Aufgaben im DRG-System

nicht ausreichend abgebildet sind. In den Mittelpunkt der Diskussion rückt immer mehr ein möglicher Systemzuschlag für Universitätskliniken. Der Einsatz für eine Verbesserung der finanziellen Situation der Hochschulmedizin wird auch in den nächsten Jahren eine Kernaufgabe der Wissenschaftsministerinnen und -minister sein, allerdings im engen Zusammenspiel mit den Sozialministerien und auf Seiten des Bundes mit dem Gesundheits- und Bildungsministerium. Ich bin zuversichtlich, dass die Situation verbessert werden kann.



Mit freundlichen Grüßen

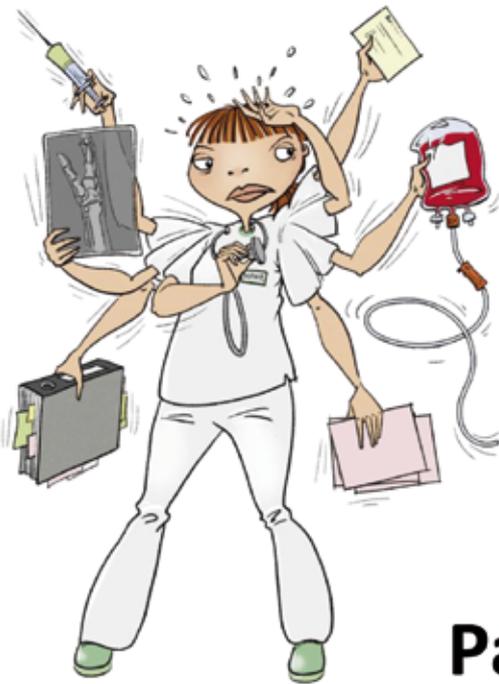
ver.di Grundlagenseminar

Vom 20.-21. September gibt es ein kurzes EinsteigerInnenseminar von ver.di in Mariaspring bei Bovenden. Für ver.di Mitglieder kostenfrei. Es geht um alle Fragen rund um Gewerkschaft, Personal- und Betriebsrat, Tarifvertrag. Wie tickt ver.di und wie kann ich mitmachen.

Anmeldung und Infos bei
patrick.vonbrandt@verdi.de
oder unter 0551-54850-12

**UMG ver.di
Stammtisch
jeden 1. Di. im Monat
im Inti,
Wilhelmsplatz, 19h**

Politik trifft Realität ...



Personalmangel im
Krankenhaus
Privatisierung und Outsourcing
Tariffucht und Niedriglohn
schlechte Ausbildungsqualität
Patientenversorgung in Gefahr

Wir laden Interessierte vor der Bundestagswahl ein, Vertreter der Parteien zu ihren Positionen zu befragen und ihnen unsere Forderungen mit auf den Weg zu geben.

Wann: Am 27. August von 17:30 bis ca. 20:00h
Wo: ver.di | Groner-Tor-Str. 32
Mit: Beschäftigten – *nicht nur* – aus dem Gesundheitswesen und ...

Harm Adam, CDU
Ronald Schminke, SPD
Dr. Lutz Knopek, FDP
Gerd Nier, DIE LINKE
Niels-Arne Münch, PIRATEN
Martin Bretzler, B'90/DIE GRÜNEN

Moderation: Sebastian Wertmüller, ver.di